

**Antrag**  
**der Fraktion DIE GRÜNEN**

**Einstellung der Tiefflugübungen der Bundesluftwaffe in Ntessinan (Labrador)**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit sofortiger Wirkung alle Tiefflugversuche der Bundesluftwaffe in Ntessinan (Labrador) einzustellen. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, mit den Vertretern der Innu-Indianer und der Inuit-Eskimos über eine angemessene Entschädigung der bisher von der Bundesluftwaffe angerichteten Schäden in Verhandlung zu treten.

Bonn, den 20. Januar 1984

**Beck-Oberdorf, Schily, Kelly und Fraktion**

**Begründung**

Seit 1980 führen mehrere Geschwader der Bundesluftwaffe ihre Tiefflugübungen im Bereich des Stützpunktes „Goose Bay“ in Labrador durch. Seit 1981 finden diese Übungen ohne jede Begrenzung auf Mindestflughöhen oder Luftkorridore statt. Die in dem betroffenen Gebiet lebenden Innu und Inuit sehen sich durch die Tiefflugmanöver bundesdeutscher Phantom-Jets in ihrer Lebensgrundlage bedroht. Die Flüge, die in Höhen bis zu 30 Metern und mit Geschwindigkeiten von 800 bis 900 km/h erfolgen, haben starke Auswirkungen auf das ökologische Gleichgewicht der gesamten Region. Insbesondere die Karibu-Herden, von denen die Indianer traditionell leben, werden in ihren Lebensgewohnheiten stark beeinträchtigt. So wurde von den Indianern beobachtet, daß die Karibus ihre Wanderwege ändern, von den natürlichen Gegebenheiten her günstige Kalbplätze aufgeben müssen, und daß es verstärkt zu Mißgeburten kommt. Es zeugt von dem völligen Desinteresse der Bundesregierung an den Sorgen und Problemen der betroffenen Bevölkerungsgruppen, wenn sie auf entsprechende Fragen des Abgeordneten Reents (Drucksache 10/819, Fragen 62 bis 64) lediglich auf eine von der kanadischen Regierung veranlaßte Umweltstudie verweist, die keine negativen Auswirkungen des Tiefflugbetriebes festgestellt habe. Die Objektivität dieser Studie wird von der Fraktion DIE

GRÜNEN bezweifelt, da ihr Auftraggeber, die kanadische Regierung, ein finanzielles Interesse an der Nutzung des Gebietes durch die Bundesluftwaffe hat. Die Bundesregierung zahlt der kanadischen Regierung jährlich eine Gebühr von 25 Mio. DM.